
Die gemeinsame Verantwortung Europas

Wladyslaw Bartoszewski

Das zehnte Jahr nach der deutschen Vereinigung bietet eine gute Gelegenheit, über Verantwortung nachzudenken. Worin besteht die gemeinsame Verantwortung Europas? Das Problem der Verantwortung betrifft selbstverständlich nicht nur die Bewohner des alten Kontinents, aber für uns, die wir uns an so einem Wendepunkt unserer gemeinsamen Geschichte befinden, hat Verantwortung eine besondere Bedeutung.

Ein gewöhnlicher Wendepunkt, und das unabhängig davon, ob er einen einzelnen Menschen, einen Staat oder eine Gruppe von Staaten betrifft, bietet die Möglichkeit, Veränderungen mit dem Ziel einer Entwicklung, Veränderungen zur Verbesserung der eigenen Situation vorzunehmen. Jedoch offenbart sich dann immer die Furcht, man könnte eine falsche Entscheidung treffen, einen falschen Schritt machen. Gerade dann ist außer Mut auch ein Verantwortungsgefühl unentbehrlich. Denn gerade dieses ermöglicht es, gestützt auf fundiertes Wissen, kluge und langfristige Entscheidungen zu treffen. An solch einem historischen Moment befinden wir uns, an solch einem historischen Moment ist Europa heute ange­langt.

Frieden, Freiheit und Wohlstand für Europa

Die europäische Integration, die im Jahre 1957 mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge begann, hat dem über Jahrhunderte von Kriegen heimgesuchten alten Kontinent und seinen Völkern eine nie dagewesene Zeit des Friedens und des ständig wachsenden Wohlstands gebracht. Dies ist – vor allem

vor dem Hintergrund der dunkelsten Kapitel der Geschichte des 20. Jahrhunderts – eine Leistung, die man nicht hoch genug bewerten kann.

Deutschland erhielt nach dem Krieg die Möglichkeit, in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker zurückzukehren und sich, eingebunden in und eingehegt durch den Prozeß der europäischen Integration, als friedliebende Demokratie und als Rechtsstaat zu bewähren. Eine Probe, die Deutschland glänzend bestanden hat. Dieser Einbindung, der sich Deutschland von Anfang an uneingeschränkt verschrieben hat, ist es auch zu verdanken, daß sich die verschiedentlich gehegten Befürchtungen bezüglich etwaiger neuer deutscher „Sonderwege“ nicht bewahrheiteten. Ich bezweifle, daß die Aussöhnung zwischen den ehemaligen „Erzfeinden“ Deutschland und Frankreich ohne den europäischen Rahmen in der Form möglich gewesen wäre, wie wir sie uns für die polnisch-deutsche Aussöhnung heute zum Vorbild nehmen.

Das Projekt Europa hatte nicht zuletzt zum Ziel, die Wiederholung der jüngsten Geschichte zu verhindern, indem die Wirtschaftszweige, die man wohl – läge dieser Gedanke heute nicht so fern – als „kriegswichtig“ bezeichnen würde, gemeinschaftlicher Kontrolle unterstellt wurden. Dieser im Kern negative Ansatz steht am Anfang einer unvergleichlichen ökonomischen Erfolgsgeschichte. Trotz des gegenwärtigen Reformbedarfs in vielen Bereichen hat sich nicht nur das deutsche „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegsjahre im Grunde bis heute beständig fortgesetzt. Man kann ohne Übertreibung sagen: die europäische Integration steht für fast 50 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa.

Europa nach dem Umbruch

Als Folge des Zweiten Weltkrieges blieben Staaten, die unbestritten auch zu Europa gehören, über Jahrzehnte von den Früchten der europäischen Integration ausgeschlossen. Ohne eigenes Verschulden fanden sich die Staaten Mittel- und Ost-

europas auf der falschen Seite des Eisernen Vorhangs wieder, ihrer inneren und äußeren Selbstbestimmung beraubt.

Der revolutionäre Wandel in eben diesen Staaten war es, der völlig neue Perspektiven für das Zusammenwachsen des europäischen Kontinents eröffnete. Die politischen Umwälzungen, die in Polen 1980 ihren Anfang nahmen und schließlich den Zerfall des Ostblocks besiegelten, schufen die Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, deren Verwirklichung sich zum zehnten Mal jährt. Der Fall der Berliner Mauer steht wie kein zweites Ereignis für die Überwindung der künstlichen Teilung Europas. Diese wird aus unserer Sicht jedoch erst dann endgültig überwunden sein, wenn Polen und andere mittel- und osteuropäische Staaten ihre „Rückkehr nach Europa“ vollendet haben, d. h. Vollmitglieder der Europäischen Union geworden sind. Denn die Erweiterung der Europäischen Union hat noch eine tiefere Dimension. Bei ihrer Beschreibung bin ich geneigt, auf das Vokabular der Deutschen Einheit zurückzugreifen: es soll nämlich zusammenwachsen, was zusammengehört.

Die Gemeinschaft war zu allen Zeiten – und ist es heute noch – mehr als ein Zweckbündnis zur Mehrung des Wohlstandes ihrer Mitglieder – wenngleich natürlich gerade der ökonomische Erfolg der EWG, später der EG, dann der EU, unbestreitbar ist und in hohem Maße ihre Attraktivität für die beitragswilligen Staaten Mittel- und Osteuropas ausmacht. Dennoch: in ihrem Kern ist die Europäische Union vor allem eine Wertegemeinschaft, deren Mitglieder – bei aller bewahrenswerter Verschiedenheit – verbunden sind durch gemeinsame geschichtliche und kulturelle Wurzeln, durch gemeinsame Vorstellungen von der politischen und wirtschaftlichen Organisation ihrer Gemeinwesen. Die Zugehörigkeit Polens zu dieser Wertegemeinschaft steht außer Frage.

Daß die Euphorie und die Aufbruchstimmung der Jahre nach 1989 verflogen sind, ist nur natürlich. Die Zeit der großen Reden und Visionen ist lange vorbei. Diese zu verwirklichen, dabei konkrete und oft sehr komplexe Probleme zu lösen, ist bekanntermaßen weit schwieriger.

Das Ende des Kalten Krieges brachte enorme – in der Tat historische – Chancen und Möglichkeiten mit sich, die längst noch nicht hinreichend ausgeschöpft sind. Sich daran hin und wieder zu erinnern kann nicht schaden. Denn über die Detailfragen, die uns gegenwärtig in den Beitrittsverhandlungen beschäftigen, dürfen wir das große übergeordnete Ziel nicht aus den Augen verlieren. Das sind wir den Europäern – innerhalb und außerhalb der Europäischen Union – schuldig. Es ist dies unsere europäische Verantwortung. Eine Verantwortung, der wir nur gemeinsam gerecht werden können.

Grenzen der Verantwortung

Polen lag über viele Jahre kraft geopolitischer Entscheidungen außerhalb der Grenzen Europas, außerhalb der *ubi leones* der Europäischen Gemeinschaft. Dieses verleiht mir ein besonderes Privileg. Ich nehme die Europäische Union als einen Raum wahr, dessen Grenzen nicht endgültig beschrieben und festgelegt sind. Die Menschen des Grenzgebietes wissen, daß eine Grenze nicht ausschließlich eine Begrenzung ist, sondern auch die Chance für eine gegenseitige Öffnung.

Das Problem der Grenzen Europas ist kein theoretisches Problem. Davon zeugt wenigstens der *casus* Rußland. Ist Rußland ein Teil Europas? Die Grenzen Europas sind geographisch und geopolitisch definierbar. Sowohl Geographie als auch Geopolitik sind sich über die nördlichen, südlichen und westlichen Grenzen einig. Allein die Ostgrenze ist schwer zu definieren. Immer, zumindest seit der Zeit, als der Geograph Peter des Großen, Tatiszew, befand, daß sich die Ostgrenze Europas am Ural befände, war dies eine Konvention. Ist Rußland ein Teil Europas? Eine negative Antwort auf diese Frage würde eine Leugnung der dramatischen Geschichte Rußlands bedeuten, in der die Öffnung zum Westen Hoffnungen weckte und die Schließung die Abgrenzung von Europa und eine Bedeutungszunahme von Ideen, die die Modernisierung Rußlands bremsten. Kann man die Gefühle und Handlungen der

Russen, die in der russischen Gesellschaft als Ergebnis der Öffnung nach Europa entstanden sind, geringschätzen? Andererseits, können wir uns eine Verbindung eines Staates mit der Europäischen Union vorstellen, der größer ist als sie selbst? Henry Kissinger sagte einmal, daß Deutschland zu groß für Europa, aber zu klein für die Welt sei. Diese Worte aufgreifend, kann man sagen, daß Rußland gegenwärtig zu groß für Europa, aber zu arm für die Welt ist. Ich denke, daß es lohnenswert ist, über Rußland in den Kategorien seiner spezifischen eurasischen Identität zu sprechen, gleichzeitig anerkennend, daß es ein starkes Element europäischen Erbes in seinem Bewußtsein gibt. Dieses Element sollte als Chance für eine beständige und fortschreitende gegenseitige Öffnung Europas und Rußlands begriffen werden.

Ein Kandidat für die Mitgliedschaft in der EU, dessen eventueller Beitritt zu einem intellektuellen Umbruch in der europäischen Konstruktion führen kann, ist die Türkei. Die Perspektive der Mitgliedschaft eines Landes mit über sechzig Millionen Menschen, selbst wenn man von einem längeren zeitlichen Horizont spricht, zwingt zum Nachdenken und zum Handeln, denn die Türkei ist entschlossen, diese Mitgliedschaft zu verwirklichen. Erstens vertreten die türkischen politischen Eliten wie auch Wirtschaftskreise deutliche Integrationsambitionen. Zweitens ist die Integration mit der Union ein Mittel zur Bewahrung des weltlichen Charakters des türkischen Staates und zu seinem Schutz, wie auch dem der gesamten Südflanke des Kontinents, vor den Einflüssen eines islamischen Fundamentalismus. Drittens spielt die Türkei als Regionalmacht und NATO-Mitglied eine wesentliche strategische Rolle. Viertens schließlich ist die Perspektive eines Beitritts der Türkei die Chance für die Festigung eines zukünftigen Kompromisses hinsichtlich Zyperns.

Die Perspektive einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU kann bei einer Reihe anderer Länder europäische Aspirationen wecken. Hierbei kann man einige Gruppen solcher Länder unterscheiden. Zu der ersten gehören einige Länder des Mittelmeerraumes, die mit Rücksicht auf ihr wirtschaftliches

Interesse sich im Falle der Türkei auf eine unvermeidliche Umwertung des europäischen Wertesystems berufen können. Sie können daher darauf hinweisen, daß die „Bedingung“, potentielle Mitgliedskandidaten müßten christliche Wurzeln haben, aufgegeben wurde, und danach, daß auch sie Erben der antiken Kultur sind. Die zweite Gruppe umfaßt moslemische Staaten, die auf dem europäischen Kontinent liegen, nämlich Albanien und Bosnien-Herzegowina. Das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Staaten bewirkt, daß die Perspektive ihrer Integration mit der EU sehr weit entfernt ist. Die dritte Gruppe bilden die übrigen Länder des sogenannten westlichen Balkans, d.h. Kroatien, die Bundesrepublik Jugoslawien und Mazedonien. Die zukünftige Mitgliedschaft der Türkei können sie als Herausforderung sehen, nicht nur wegen des spezifischen historischen Kontextes (sie waren immerhin über Jahrhunderte Teil des osmanischen Imperiums), sondern vor allem mit Hinsicht auf die „Aufweichung“ der kulturellen Kriterien. Der Fall der Türkei wird sich auch in den Beziehungen der EU mit einer anderen Gruppe der Staaten widerspiegeln, nämlich mit den kaukasischen Ländern Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Diese Länder sind ein typisches Beispiel für eine Lage an den Grenzen Europas in kultureller Hinsicht; dieses betrifft sowohl das christliche Georgien und Armenien wie auch das moslemische Aserbaidschan. Ähnlich wie im Falle der Länder des westlichen Balkans schafft das niedrige Niveau wirtschaftlicher Entwicklung eine zeitliche Distanz für die Perspektive ihrer Annäherung an die EU, entscheidet jedoch nicht über ihre „europäische Berufung“ oder deren Fehlen.

Keines der oben beschriebenen Dilemmata läßt sich auf einfache Weise lösen. So wie der – sogar zeitlich entfernte – Beitritt der Türkei und der Länder des westlichen Balkans unvermeidlich scheint, so kann und sollte Europa auch anderen Ländern eine Art strategischer Partnerschaft anbieten.

Gemeinsame Verantwortung für die Erweiterung

Die Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Staaten der sogenannten Luxemburg-Gruppe, der auch Polen angehört, sind in ihre entscheidende Phase eingetreten. Da naturgemäß die heikelsten Fragen bis zum Schluß aufgehoben werden, ist es nicht verwunderlich, daß wir uns damit in einer besonders schwierigen Phase des beiderseitigen Anpassungsprozesses befinden. Dennoch halten wir das Jahr 2003 für die nächste Erweiterung nach wie vor für ein realistisches, wenn auch ehrgeiziges Ziel. Dies beweisen die Ergebnisse des Paris-Besuches vom polnischen Premierminister, Jerzy Buzek, aus denen hervorgeht, daß die französische Präsidentschaft ebenfalls dieser Auffassung ist.

Es liegt bei uns, die Beitrittsvorbereitungen zügig und gewissenhaft zu Ende zu führen, um uns termingerecht als attraktives Neumitglied präsentieren zu können. Es liegt bei der Union und ihren Mitgliedstaaten, die inneren Reformen der Gemeinschaft planmäßig und erfolgreich durchzuführen, um die Union erweiterungsfähig zu machen und über die Erweiterung hinaus handlungsfähig zu erhalten. Die jetzigen und zukünftigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind somit gemeinsam dafür verantwortlich, daß die nächste Erweiterung ein Erfolg wird. Dies gilt nicht nur für die Beitrittsvorbereitungen im engeren Sinne. Dies gilt vor allem auch für die gesellschaftliche Verankerung des Erweiterungsprozesses.

Die Vereinigung Europas ist nicht exklusive Angelegenheit der europäischen Eliten; sie darf es auch nicht sein. Sie ist in erster Linie Sache der Menschen, die in diesem Europa leben und von ihm profitieren sollen. Wir müssen die Europäer davon überzeugen, daß die einzigartige Chance, der Einheit Europas ein bedeutendes Stück näher zu kommen, genutzt werden muß, und zwar so bald wie möglich. Wir müssen ihnen vermitteln, daß der Nutzen der Erweiterung die möglichen Kosten bei weitem übersteigt, und zwar für alle Beteiligten.

Die erschreckend geringe Unterstützung für die Osterweiterung gerade auch in den Staaten, die als die Motoren der europäischen Integration bezeichnet werden, zeigt, daß dies bisher nicht wirklich gelungen ist. Wir müssen daher konkrete Chancen aufzeigen, Ängste und Befürchtungen, die zumeist auf Unwissenheit beruhen, durch Information und Aufklärung abbauen. Die Kampagne der Kommission, die ihr Gegenstück in unseren Programmen der Promotion innerhalb und außerhalb Polens findet, ist daher extrem wichtig. Nur wenn die gegenwärtigen und zukünftigen „Europäer“ aus voller Überzeugung das Projekt der Erweiterung mittragen, kann es langfristig erfolgreich sein. Sie brauchen allerdings nicht unbedingt in einem Referendum befragt zu werden.

Gemeinsame Verantwortung für die Zukunft

Die anstehende Erweiterung unterscheidet sich wesentlich von früheren Erweiterungen. Sie verlangt nicht nur seitens der Beitrittskandidaten enorme Anpassungen; sie setzt auch grundlegende Reformen in der Gemeinschaft voraus, um zu gelingen. Sie lässt sich eher mit den Anfängen des Integrationsprozesses vergleichen, bei dem ebenfalls völlig neue Wege beschritten wurden und der erst allmählich zu dem einheitlichen institutionellen System geführt hat, auf das sich die Gemeinschaft heute stützt. Die Anforderungen, die diese Erweiterung an ihre Architekten stellt, sind ähnlich hoch.

Die anstehende Erweiterung erfordert in höherem Maße, als zum Beispiel die Erweiterung um die skandinavischen Länder und Österreich, eine Rückbesinnung auf die Fundamente der europäischen Einigung. Dies betrifft zum einen die bereits angesprochenen gemeinsamen Werte. Zum anderen war das integrierte Europa immer auch Solidargemeinschaft, in der die Starken den Schwächeren beistanden und sie dabei unterstützten, ihre Entwicklung zu beschleunigen und ihren Rückstand aufzuholen. Dies freilich nicht aus reiner Selbstlosigkeit. Motivation war stets und nicht zuletzt das originäre

Interesse, auch die eigene Zukunft zu sichern. Die Modernisierung der rückständigen Länder, die Begrenzung von Armut und Perspektivlosigkeit, die oft das Erbe der wechsel- und leidvollen europäischen Vergangenheit sind, war – und ist – eine wesentliche Voraussetzung für dauerhaften Frieden und Stabilität in Gesamteuropa. Wird sich die Solidargemeinschaft Europa auch diesmal bewähren, oder werden kurzfristige Kosten-Nutzen-Rechnungen und der Blick auf die nächsten Wahlen den Ausschlag geben?

Es ist also nicht verwunderlich, daß gerade jetzt eine neue Debatte über die Zukunft Europas eingesetzt hat. Mit der Berliner Rede Joschka Fischers und der Ansprache Jacques Chiracs im Deutschen Bundestag hat im Jahr 2000 eine neue intellektuelle Auseinandersetzung über die Finalität der Europäischen Integration begonnen, die wir im Grundsatz begrüßen und an der wir uns als zukünftiges Mitglied der Gemeinschaft konstruktiv beteiligen wollen.

Wir sind allerdings der Ansicht, daß das Streben nach einer abschließenden Reform der Union ein ebenso hehres wie aussichtsloses Unterfangen ist, ähnlich wie die Suche nach dem Stein der Weisen. In einer ständig im Wandel begriffenen Welt kann es eine solche Ultima Ratio nicht geben. Daher halten wir die alte – aber nicht überkommene – Monetsche Methode der schrittweisen Reformen für den einzigen Weg, um auch in Zukunft die notwendige Flexibilität und die Dynamik der Europäischen Integration zu erhalten.

In diesem Sinne sollte der Vertrag von Nizza sich auf die Lösung der Probleme beschränken, die in Amsterdam zurückgestellt oder nicht abschließend behandelt worden sind. Die darauffolgende Reform sollte sich dann in der Tat mit so grundlegenden Themen beschäftigen wie dem Vertragsstatus bürgerlicher Grundrechte und -freiheiten oder dem angeregten Verfassungsvertrag. Diese sollte unserer Auffassung nach erst nach der Osterweiterung in Angriff genommen werden. Diejenigen Staaten, die in absehbarer Zeit der Union beitreten werden, müssen in so fundamentalen Fragen ein Mitspracherecht haben.

Ein zentrales Element in der jetzigen Diskussion ist die Forderung nach einer schnelleren Integration daran interessierter Staaten. Diese Idee ist keineswegs neu; die heftigen Auseinandersetzungen um das sogenannte „Schäuble-Lamers-Papier“, Schlagworte wie „Europe à la carte“ oder „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ klingen uns allen noch im Ohr. In der Tat wird eine solche engere Zusammenarbeit bereits im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion und des Schengener Abkommens praktiziert. Darüber hinausgehende Anwendungsmöglichkeiten, die der Amsterdamer Vertrag bereits eröffnet, wurden bislang jedoch nicht wahrgenommen.

Erste Reaktionen der Beitrittskandidaten in dieser Hinsicht wurden eher als zurückhaltend empfunden. Zu Unrecht wird allerdings daraus abgeleitet, daß diese Länder dem Konzept der engeren Zusammenarbeit grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Insbesondere mit Deutschland und Frankreich arbeiten wir schon jetzt, im Rahmen des sogenannten Weimarer Dreiecks, eng und regelmäßig auf den unterschiedlichsten Gebieten zusammen. Wir hoffen, daß diese Kooperation nach dem polnischen EU-Beitritt weiter intensiviert wird und den deutsch-französischen Integrationsmotor dauerhaft verstärkt. Solche Konstellationen sollen – und werden – die einheitliche Ausrichtung europäischer Politik nicht gefährden. Man kann und sollte sie eher als einen positiven Beitrag zu der noch im Einzelnen zu gestaltenden „verstärkten Zusammenarbeit“ verstehen.

Die Ursache für das Mißverständnis liegt in der Vermischung zweier unterschiedlicher Diskurse, und zwar der aktuellen Diskussion im Rahmen der Regierungskonferenz und der weitergehenden Entwicklung des Konzepts im Gesamtzusammenhang der neuen Debatte über die längerfristige Zukunft der Integration. Diese Diskurse unterscheiden sich durch ihren zeitlichen Horizont und die Ziele, die sie verfolgen. Wahr ist allerdings, daß wir auch die Risiken der engeren Zusammenarbeit sehen. Vor allem sehen wir die Gefahr, daß Staaten, die außerhalb dieser neuen europäischen Avantgarde verbleiben, zu Mitgliedstaaten zweiter Klasse degradiert werden könnten.

Dies gilt insbesondere für die Länder, die ohnehin noch einen langen Weg vor sich haben, bis sie ihren Entwicklungsrückstand wettgemacht und zum Feld der Altmitglieder aufgeschlossen haben. Daher muß unbedingt sichergestellt werden, daß die Gruppe der Avantgarde offen bleibt für Neuzugänge. Der Mechanismus der engeren Zusammenarbeit darf nicht dazu führen, dass andere Mitgliedstaaten aus bestimmten Bereichen der Gemeinschaftspolitiken ausgeschlossen werden. Noch darf der Eindruck entstehen, daß aus einem „Integrationsmenü“ gewählt werden kann. Dies würde keinen Beitrag zur Vertiefung der Integration leisten. Eher im Gegenteil; eine kontraproduktive Lockerung des Zusammenhalts der Gemeinschaft wäre die Folge.

Europa steht heute vor Herausforderungen wie der Aufnahme neuer Mitglieder, der Entwicklung einer effektiven Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Anbindung der europäischen Gesellschaften an die Informationsrevolution und die Meisterung der Herausforderungen der Globalisierung unter Bewahrung des europäischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells.

Der Begriff der Solidarität

Der Begriff „Solidarität“ hat für die Verantwortung Europas eine besondere Bedeutung. Für jeden Polen ist dieser vor allem mit der großen Bürgerbewegung verknüpft, deren 20. Gründungstag wir im Jahr 2000 begangen haben und die aus dem einem jeden Menschen innewohnenden Streben nach Freiheit geboren wurde. Heute erinnert man sich in Europa selten daran, daß ohne den polnischen August 1980 die Mauer wohl noch stehen würde. „Wir dürfen diese Ereignisse nicht vergessen“, so sagte es Johannes Paul II., „Sie brachten nicht nur die ersehnte Freiheit, sondern trugen auch in entscheidender Weise zum Fall der Mauern bei, die fast ein halbes Jahrhundert lang die Gesellschaften und Völker unseres Teils des Kontinents von der freien Welt trennten.“ Diese gesellschaftliche

Bewegung, die später *Solidarność* genannt wurde, stützt sich auf die Solidarität mit dem Mitmenschen, eine Solidarität, die alle Barrieren zwischen Klassen, Weltanschauungen, Kulturen und geographischen Lagen überwindet.

Einer der Grundwerte, die die Basis für das sich einende Europa bildeten, war gerade die Solidarität, dieselbe Solidarität, die viele Jahre später der polnischen antikommunistischen Opposition Kraft verlieh, den Demonstranten von Dresden, Leipzig und Ostberlin, und die heute den Hauptwert der sich neu konstituierenden erweiterten Europäischen Union bilden sollte. Auf uns ruht die Verantwortung, daß gerade dieses riesige gemeinsame Erbe des Kampfes um Freiheit, um eine bessere Zukunft für unsere Kinder und Enkel, nicht vergeudet wird. Die Erfahrungen der letzten beiden Dekaden in der Geschichte Polens und auch des letzten Jahrzehnts im wiedervereinigten Deutschland wurden zu einem realen Prüfstein für die gemeinsame Verantwortung Europas, für uns sind sie eine Aufforderung zur Verantwortung in Solidarität.